

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 888848 pbbn d



## Inhalt

Konrad Gilges MdB wirft Kohl vor, die Gesellschaft spalten zu wollen: Reagan und Thatcher als Vorbilder. Seite 1

Michael Catenhusen MdB verurteilt den unerklärten Krieg der USA gegen Nicaragua: Völkerrechtswidrig. Seite 3

Horst Sielaff MdB, Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), kritisiert die Entscheidung, den Vertriebenenorganisationen den Status von Wohlfahrtsverbänden zu verleihen: Geschenk für kalte Krieger. Seite 4

Dokumentation  
Die Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, Dr. Christa Czempel, weist Vorwürfe des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Scholz, zurück: Hessen - ein Vorbild an Rechtsstaatlichkeit. Seite 6

39. Jahrgang / 230

29. November 1984

### Kohl will die Spaltung der Gesellschaft

In der Sozial- und Gesellschaftspolitik sieht der Kanzler in Reagan und Thatcher seine Vorbilder

Von Konrad Gilges MdB

Der Bundeskanzler hat für seinen Redebeitrag anlässlich der Haushaltsdebatte offenbar das "Wörterbuch des Marxismus" zur Hilfe genommen. Die ganzen Angriffe der SPD auf die Politik der Regierung seien nichts anderes als eine "sozialistische Vereindungskampagne", denn stabile Preise seien die beste Sozialpolitik, sagte Kohl. Konservative führen Begriffe schnell im Munde, wenn es um die Verschleierung der Wirklichkeit geht. Man braucht sich nur an die "soziale Frage" des Herrn Dr. Barzel zu erinnern: Wahrheit wird zur Lüge, Lüge wird zur Wahrheit. Kohlsche Begrifflichkeit ist Herrschaftsideologie.

Die Realität in der Bundesrepublik ist erschreckend:

- o 2,3 Millionen Arbeitslose.
- o 1,3 Millionen Menschen, die nicht bei den Arbeitsämtern registriert sind.
- o Zunehmend mehr Bundesbürger verfallen der Armut - nicht nur die steigende Zahl der finanziellen Aufwendungen für die Sozialhilfe (1983 17 Milliarden DM) sind dafür ein Indiz, sondern gerade die absolute Zahl der Betroffenen.
- o Nach einer, durch die jüngste Entwicklung schon überholten Erhebung des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Köln liegt das Armutspotential bei etwa drei Millionen.



- o Eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes deckte auf, daß mindestens 1,6 Millionen Arbeitslose keinen Pfennig Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten haben. "Armut unter Arbeitslosen ist wieder zum festen Bestandteil des Sozialstaates geworden", kommentierte Gerd Muhr diese Zahlen.
- o Über zwei Millionen Menschen erhielten in den letzten Jahren das "kärghche Brot" der Sozialhilfe, davon waren allein ein Drittel Menschen unter 25 Jahren. Und schon heute ist die Bundesregierung daran, den neuen Warenkorb so zu manipulieren, daß am Ende noch weniger herauskommt.

Auch der Bundeskanzler kennt diese Zahlen. Doch sein strategisches Ziel verbietet es ihm, die Wahrheit anzuerkennen. Seine Vorbilder sind Reagan und Thatcher. Kohls Ziel ist die Spaltung der Gesellschaft in ein Drittel vereiendeter, gleichsam überflüssiger Menschen und zwei Drittel, die an die kapitalistische Wohlstandstheorie noch glauben und davon profitieren.

In den USA und in Großbritannien haben die Konservativen diese Spaltung der Gesellschaft schon erreicht. Doch so einfach wie dort, wird es in der Bundesrepublik nicht gehen. Der soziale Grundkonsens ist in unserem Lande noch weit ausgeprägter, als in anderen Ländern. Dies ist nicht nur das Verdienst einer starken Arbeiterbewegung und der Erfolge einer gerechten Sozialpolitik in den 70er Jahren. Es ist auch das Verdienst sozial engagierter Gruppen, insbesondere auch von Katholiken und Protestanten, wenn der konservative Spaltpilz bis heute keinen durchgreifenden Erfolg gehabt hat.

Im übrigen, wenn Helmut Kohl mit dem Marx'schen Begriff der Vereiendung Verständnis-schwierigkeiten hat, sei ihm geraten, sich an seinen Spezialisten für Kampagnen im Kabinett, Heiner Geißler, zu wenden. Als Schüler der Jesuiten, bei denen Marx zum Lernpensum gehört, wird dieser ihm sicherlich gerne Nachhilfe erteilen. Allerdings: mit Aufklärung hat der Bundeskanzler nichts im Sinn. (-/29.11.1984/ks/rs)

+ + +



Ein enthüllendes Dokument  
-----

Das CIA-"Handbuch des Freiheitskämpfers" belegt die völkerrechtswidrige  
Einmischung der USA in Nicaragua

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Auch wenn die Regierung von Nicaragua die Panzer aus den Straßen von Managua zurückgezogen hat: Bis zum Zusammentreten des amerikanischen Kongresses im nächsten Jahr bleibt die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation in Nicaragua aktuell. Vor allem dann, wenn es der nicaraguanischen Regierung gelingen sollte, mit Hilfe ihrer neuen Kampfhubschrauber und Luftabwehrraketen den amerikanischen Nachschub für die im Lande operierenden Contras zu unterbinden und sie zum großen Teil aus Nicaragua herauszudrängen.

Der jetzige Stellvertreterkrieg durch US-finanzierte, trainierte und angeleitete Söldnertruppen droht dann zusammenzubrechen und der Druck auf die Reagan-Administration, mit amerikanischen Truppen Nicaragua zu besetzen, würde enorm steigen.

Die Vorbereitungen dafür sind bis ins einzelne getroffen und keineswegs abgeblasen, die Entscheidung zu einer Invasion in Nicaragua könnte täglich umgesetzt werden. Einmarschpläne und mit Computerunterstützung erstellte Szenarien sind vorhanden. 61.000 Soldaten, 734 Hubschrauber und über 200 Flugzeuge würden für die Invasion benötigt. Man rechnet mit bis zu 2.000 getöteten und 10.000 verletzten US-Soldaten im Falle einer Invasion in Nicaragua.

Und der unerklärte Krieg der Vereinigten Staaten gegen das Volk und die Regierung Nicaraguas und die Manöver an den Grenzen Nicaraguas gehen täglich weiter. Die CIA-Anleitung für die Contras mit dem zynischen Titel "Handbuch des Freiheitskämpfers" verdeutlicht die Aufgaben der CIA-finanzierten "Freiheitskämpfer": Im Namen des Kampfes gegen die "marxistische Tyrannei" soll die Infrastruktur des Landes systematisch zerstört werden, um ein wirtschaftliches Chaos im Lande zustandezubringen. Als Formen der Sabotage werden empfohlen:

- Systematische Zerstörung aller Verkehrsmittel, vor allem der Autos, durch Einschlagen von Windschutzscheiben, Reifen zerstechen, Verunreinigung von Benzintanks, Entwendung von Reparaturwerkzeugen. Dabei hat die Weigerung der amerikanischen Regierung, Ersatzteile für Pkws nach Nicaragua liefern zu lassen, hier schon jetzt zu großen Schwierigkeiten geführt.
- Zerstörung von Öl- und Benzinvorräten.
- Plünderung oder Zerstörung von staatlichen Lebensmittelvorräten.
- Sabotage gegen landwirtschaftliche Genossenschaften, etwa durch Viehdiebstahl.



- Zerstörung von Telefonkabeln und elektrischen Leitungen.
- Zerstörung von Büchern; gerade dieser Vorschlag zeigt, daß die CIA eine systematisches Behindern der Alphabetisierungspolitik der Sandinisten bezweckt. Bücherzerstörungen sind ein Akt kulturellen Vandalismus, wir haben sie letztmals bei uns in Deutschland im Dritten Reich erlebt.

Alle Versuche der Sandinisten, durch Alphabetisierung, gesundheitliche Versorgung, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen sowie durch Agrarreform die Lebensbedingungen der Menschen in Nicaragua zu verbessern, sollen durch eine Politik der verbrannten Erde zunichte gemacht werden. Die Empfehlung des CIA-Handbuches, auch systematisch Toiletten zu verstopfen, mag uns schon eher absurd vorkommen. Sie zielt aber deutlich auf eine Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse der Bevölkerung ab, was Krankheitsgefahren rapide erhöhen könnte. Offensichtlich gilt für die Verfasser des CIA-Handbuches: Lieber ein totes, vernichtetes Nicaragua als ein "rotes", unabhängiges Nicaragua. Ein enthüllendes Dokument.

Mit ihren militärischen und CIA-Aktivitäten verstößt die Reagan-Administration offen gegen das Völkerrecht. Weil sie dies weiß, möchte sie sich der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag entziehen, indem sie das Gericht für unzuständig erklärt. Wir erwarten von der Reagan-Regierung, daß das Völkerrecht uneingeschränkt auch für die Regierung der Vereinigten Staaten gelten muß, auch im Hinterhof oder "Vor-garten" Reagans, auch gegenüber Ländern, die einen unabhängigen Weg gehen wollen. Die Bundesregierung in Bonn ist aufgefordert, diese Auffassung in den morgigen Gesprächen mit Präsident Reagan zu vertreten. (-/29.11.1984/ks/rs)

+ + +



Geschenk für kalte Krieger

Zur Entscheidung, den Vertriebenenorganisationen den Status von  
Wohlfahrtsverbänden zu verleihen

Von Horst Siejaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)  
Mitglied des Bundestagsausschusses Jugend, Familie und Gesundheit

Der Einfluß der Vertriebenenfunktionäre, die die Ost- und Entspannungspolitik torpedieren und jetzt offensichtlich einen maßgeblichen Anteil daran haben, daß Außenminister Genscher seine Polenreise platzen ließ, nimmt in der Rechtskoalition ständig zu. Nicht nur, daß die Mittel für die Arbeit der Vertriebenenverbände deutlich angehoben wurden, sondern jetzt soll diesen Verbänden auch noch durch eine Hintertür der Status eines Wohlfahrtsverbandes verliehen werden.

Auf Betreiben von CSU-Vertriebenenfunktionären wurde der Titel des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit "Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die Betreuung der Aussiedler, Zuwanderer und Besuchsreisenden aus der DDR sowie von ausländischen Flüchtlingen" gegen den Protest der Wohlfahrtsverbände abgeändert und die Vertriebenenverbände erstmalig hinzugefügt.

Obwohl schon jetzt die Vertriebenenfunktionäre Czaja, Hupka und andere über die Unionsparteien in unzähligen wichtigen Einrichtungen, die zum Beispiel über die Kreditgewährung, Ausgleichszahlungen für Vertriebene, Um- und Aussiedler entscheiden, sitzen, wird heimlich ihr Einfluß im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wirksamkeit durch praktische Hilfe vermehrt. Offenbar will die CDU/CSU mit diesen Geschenken die immer lauter werdenden kalten Krieger in den Unionsverbänden ein wenig beruhigen.

Dieser von der Mehrheit des Bundestages gegen die Wohlfahrtsverbände gerichtete Schritt - denn die Mittel in diesem Haushaltstitel werden keineswegs erhöht - wird auch in der Sache die Arbeit für die aus Ost-, Südosteuropa und der DDR kommenden Menschen wesentlich erschweren. Das Verhältnis zur DDR, zur Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und der UdSSR wird weiterhin dadurch belastet, daß



nun Funktionäre, die laut und deutlich die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze als "deutsches Hoheitsgebiet" bezeichnen, den dort Regierenden jegliche Souveränitätsrechte absprechen und die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 fordern, auch noch die "Führungsfiguren" in der Umsiedlerbetreuung sein werden.

Die Familienzusammenführung wird unter Umständen erschwert werden, weil die Regierungen in der DDR, der Volksrepublik Polen und der UdSSR es nicht hinnehmen werden, daß Bürgerinnen und Bürger, die aus ihren Ländern in die Bundesrepublik Deutschland umsiedeln, als erstes von Funktionären empfangen werden, die in faschistischen Tönen diese Länder ständig attackieren.

Die Vertriebenenverbände sollen dadurch offensichtlich auch vor dem Aussterben bewahrt werden, da sie kaum Zulauf von jungen Aus- und Umsiedlern erhalten. Czaja, Hupka und andere wird ein weiteres Propagandainstrument in die Hand gegeben, mit dem sie ihre Indoktrinierung - jetzt sogar unter dem Mantel eines Quasi-Wohlfahrtsverbandes - betreiben können.

Diese Entscheidung stellt einen Skandal dar und ist als eindeutiges Votum gegen die bisherige Arbeit von Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas und andere Wohlfahrtsverbände zu werten. Gegen Mittel für eine sinnvolle Integrationsarbeit auch an Verbände, die sich besonders um Aussiedler, Zuwanderer, Besuchsreisende aus der DDR sowie ausländische Flüchtlinge kümmern, ist nichts einzuwenden. Sie sollen notfalls vermehrt, aber dann auch gezielt und nicht über diese Tricks und auf Kosten anderer gewährt werden. (-/29.11.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NChrista Czempel: Hessen - ein Vorbild an Rechtsstaatlichkeit

In der Ausgabe der Tageszeitung "Die Welt" vom 27. November erschien ein "Gastkommentar" des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Professor Scholz, "Pflicht zur Bundestreue". Der Beitrag konnte nach Meinung des Bevollmächtigten des Landes Hessen, Staatssekretärin Dr. Christa Czempel, nicht unbeantwortet bleiben. Sie schrieb der Welt einen Leserbrief, den wir nachstehend dokumentieren.

"Der Kollege Professor Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten (CDU), hat es für angebracht gehalten, die Länder an ihre 'Pflicht zur Bundestreue' zu erinnern. Er hat versucht den Eindruck zu vermitteln, als wäre das Land Hessen Adressat notwendiger rechtsstaatlicher Belehrungen. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Sachliche Prüfung seiner sogenannten Beispiele entpuppen diesen Gastkommentar als nicht stichhaltig:

Zum Beispiel NUKEM II

Die Hessische Landesregierung hat bei ihren schwierigen Auseinandersetzungen mit den 'Grünen' stets darauf hingewiesen, daß für die Sachentscheidung nicht das Land, sondern nur der Bund zuständig ist. Das Land wird hier nur tätig in Auftragsverwaltung. Es vollzieht freilich rechtsstaatliche Pflichten. Darüber droht - zu unserem Bedauern - das Bündnis zwischen SPD und Grünen im Landtag zu brechen. Brauchen wir da noch Belehrungen über unsere Pflicht zur Bundestreue?

Zum Beispiel 'atomwaffenfreie Zone'

Wie Staatsrechtslehrer Scholz weiß, sind die Entscheidungen einzelner Kommunen, sich zur 'atomwaffenfreien Zone' zu erklären, rechtlich ungeklärt. Das Land Hessen hat sich als Kommunalaufsicht in dieser ungeklärten Situation für Zurückhaltung und damit für den Vorrang der kommunalen Selbstverwaltung entschieden. Mit mangelnder Bundestreue hat dies rein gar nichts zu tun, allenfalls mit Liberalität und Respekt vor den Willensbekundungen kommunaler Parlamente.

Zum Beispiel Ausländerrecht

Es ist wahr: Das Land Hessen hat sich dem Ziel von Innenminister Zimmermann entgegen gestellt, das Nachzugsalter der Ausländerkinder auf sechs Jahre zu begrenzen. Dazu hat das Land Hessen das Recht, solange keine andere bundesgesetzliche Regelung existiert. Hier wissen wir uns einig mit allen humanitären Organisationen, allen voran den Kirchen, die sich nachdrücklich gegen Nachzugsbeschränkungen für ausländische Kinder ausgesprochen haben. Darf ich den Staatsrechtler an den grundrechtlich gesicherten Schutz der Familie erinnern?

Wenn es hier Rechtsbruch gibt, dann durch den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, der sich weigert Landesrecht auszuführen.

Zum Beispiel Startbahn und Nachtflugverbot

Die Hessische Landesregierung hat wie keine andere gegen erhebliche Widerstände aus gesamtstaatlicher Verantwortung für den Bau der Startbahn West gearbeitet. Auf dem Frankfurter Flughafen gibt es (anders als in Berlin, Herr Senator) kein Nachtflugverbot zum Schutze der betroffenen Bevölkerung. Es existieren lediglich nunmehr verschärfte Nachtflugbeschränkungen, ohne daß dem der Bund widersprochen hätte.

Hessen ist, wie sich zeigt, über jeden Verdacht erhaben, es mangle ihm an Bundestreue. Oder geht es dem Verfasser nur darum, 'Bundestreue' gegen föderative Vielfalt vorzubringen? Da wird Hessen nicht dabei sein können. Wir werden weiterhin durch unsere Landespolitik fortschrittliches Gegenbeispiel zur konservativen Bundespolitik sein. Durch unsere Initiativen in Wiesbaden wie in Bonn werden wir durch aktive Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialpolitik Gegengewicht zur konservativen Bonner Wende bleiben."

(-/29.11.1984/ks/rs)

+ + +

